

Acht Thesen zur Energieregion Lausitz-Spreewald

Cottbus, Januar 2009

Zur Konstituierung der Lausitzer Kreistage nach der Kommunalwahl 2008 wurde an die neugewählten Abgeordneten ein Exposé „zur Bildung einer großräumigen Verantwortungsgemeinschaft der Landkreise Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und der Stadt Cottbus Energieregion Lausitz-Spreewald“ ausgegeben. Es sieht eine Beschlußfassung in den Kreistagen noch im ersten Quartal 2009 vor. Das vorgelegte Exposé ist jedoch nicht in jeder Hinsicht ausgewogen und bedarf einer Überarbeitung. Mit folgenden Thesen wollen wir zur Diskussion über die Energieregion beitragen:

1. Nicht die Menge gewonnener oder exportierter Energie wird die Zukunft einer Energieregion Lausitz entscheiden, sondern die Intelligenz und Effizienz der energiewirtschaftlichen Lösungen.
2. Die Energieregion muß denen helfen, die Hilfe brauchen. Das heißt, den Klein- und mittelständische Unternehmen, Forschung und Lehre sowie Neuansiedlungen, aber nicht dem bereits vorherrschenden Großkonzern Vattenfall.
3. Der Prozess zur Bildung einer Energieregion Lausitz darf weder in der Imagebildung noch in politischen Entscheidungen den rechtsstaatlichen Verfahren über die Eröffnung neuer Braunkohletagebaue vorgreifen. Denn die Inanspruchnahme privaten Grundeigentums und andere Eingriffe können auf dieser Ebene nicht abgewogen werden. Vielmehr soll die Energieregion Lausitz Zukunftsperspektiven aufzeigen, die unabhängig vom Ausgang der Diskussion um neue Kohletagebaue gangbar sind.
4. Die Energieregion ist demokratisch zu gestalten. Die beabsichtigte Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern und Wissenschaft darf weitere gesellschaftliche Kräfte nicht ausgrenzen. Das angestrebte geschlossenen Auftreten kann vielmehr nur aus der Partizipation dieser Kräfte erwachsen. Ein Stimmrecht in strategischen Fragen zur „Energieregion“ und Kontrolle über Tätigkeitsschwerpunkte ausführender Organe muß den vom Bürger gewählten Vertretern obliegen. Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kirchen, der sorbisch/wendischen Minderheit sowie den Studierenden und Hochschullehrern ist bestmögliche Mitsprache einzuräumen. Parallelstrukturen zu bestehenden Gremien sind zu vermeiden.
5. Öffentliche Gelder dürfen keine Imagekampagnen für Großkonzerne und Braunkohlenwirtschaft finanzieren.
6. Die Technologiebereiche Erneuerbare Energien, dezentrale Versorgung, Energiespeicherung und Endenergieeffizienz müssen vorrangig vorgebracht werden, um das bisherige einseitige Profil der Region zu überwinden und in der Lausitz nachhaltige Zukunftsmodelle zu entwickeln.
7. Verstärkte Bioenergiegewinnung darf nicht durch Nutzung gentechnisch veränderter Organismen Vorschub erfolgen, zumal diese das Image der Region und Bestrebungen auf dem Gebiet des Tourismus schädigen kann. Zudem ist der Import energieliefernder Pflanzen nur in nachhaltigem Umfang und aus Nachbarregionen vertretbar.
8. Energiewirtschaft findet im Zentrum politischer Auseinandersetzungen statt, Energiekonzerne sind dabei selbst mächtige politische Akteure. Die politische Unabhängigkeit des Bildungswesens sowie die Freiheit von Forschung und Lehre hat für uns als Demokraten deshalb im Zweifel stets Vorrang vor Kooperationen mit der Wirtschaft.